

50 Millionen mehr für die Baselbieter Schulen

Pläne für die Jahre 2022 bis 2028 Der Landrat beschliesst Massnahmen, die die Stellung des Kantons im nationalen Bildungsranking verbessern sollen. Einzig für die SVP sind diese zu teuer.

Thomas Dähler

Das von der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) von Regierungsrätin Monica Gschwind erarbeitete Stärkungspaket für die Baselbieter Schulen ist die Reaktion auf die schlechten Resultate der Baselbieter Primar- und Sekundarschulen bei der ersten schweizerischen Überprüfung der Grundkompetenzen. Dabei handelt es sich um nationale Tests, die sich am neuen Lehrplan orientieren und erstmals erworbene Kompetenzen vergleichen. In Mathematik und Deutsch hat der Kanton in den hinteren Rängen abgeschlossen.

 **Landrat**
Berichterstattung aus dem
Baselbieter Parlament

Im Landrat haben sich am Donnerstag mit Ausnahme der SVP alle Fraktionen hinter die vorgeschlagenen Massnahmen gestellt. Gewürdigt wurde insbesondere, dass die BKSD alle an der Schule und an der Bildungspolitik beteiligten Kräfte in die Ausarbeitung des Pakets einbezogen hat. «Das ist eine riesige Chance für den Kanton und für dessen Schulen», sagte Ernst Schürch (SP). «Das Programm setzt einen längeren Prozess in Gang, der den Bildungserfolg nachhaltig verbessert», sagte Heinz Lerf (FDP).

SVP unprofessionell?

Die Schwerpunkte des Programms liegen auf der Förderung der Grundkompetenzen in Deutsch und Mathematik, auf dem neu eigenständigen Fach «Medien und Informatik» und der didaktischen Weiterbildung für Lehrerinnen und Lehrer.



Kommissionspräsident Pascal Ryf (Mitte) wirft der SVP unprofessionelle Arbeit vor. Foto: Florian Bärtschiger

Der Kredit von 50 Millionen Franken ist für die Schuljahre 2022/23 bis 2027/28 bestimmt. Zwölf Millionen Franken kosten die Massnahmen die Gemeinden als Träger der Primarschulen. Sie sollen damit SOS-Lektionen für die Betreuung schwieriger Schülerinnen und Schüler sowie Massnahmen zugunsten der Informatik finanzieren.

Die SVP bekämpfte den Kredit. «Geld allein macht den Erfolg nicht aus», sagte Anita Biedert (SVP). Die Fraktion stellte eine Reihe von Änderungsanträgen,

die auf breite Kritik stiessen, weil sie erst kurz vor der Landratssitzung gestellt worden waren. Kommissionspräsident Pascal Ryf (Mitte) kritisierte, dass die Anträge trotz Aufforderungen erst jetzt gestellt worden seien, und warf den SVP-Vertretern «unprofessionelle Arbeit» vor. Dies löste im Rat auf allen Seiten Emotionen aus. SVP-Fraktionspräsident Peter Riebli sah sich sogar genötigt, in einer Fraktionserklärung die Kritik an den verspäteten Anträgen als «keine Schande und ein starkes Stück»

zu geisseln. Es sei das Recht aller Parlamentarier, bis zum Entscheid Abänderungsanträge zu stellen.

Kritik am Schulsystem

Materiell stellte Anita Biedert die Frage, ob stattdessen das Schulsystem nicht grundlegenden Veränderungen erfahren solle. Ermando Imondi (SVP) war dagegen, 50 Millionen «in ein altes Schulsystem zu buttern».

Caroline Mall (SVP) erklärte, sie sei zwar grundsätzlich für die Massnahmen, verlange aber Mit-

tel, die verhältnismässig seien. Es brauche nach einer gewissen Zeit Wirkungsberichte. Und es gehe nicht an, dass der Kanton Massnahmen beschliesse, welche die Gemeinden bezahlen müssten.

Bildungsdirektorin Monica Gschwind verteidigte das Massnahmenpaket vehement. Es gehe letztlich um das Ziel des Kantons, 95 Prozent der Jugendlichen einen Berufs- oder Mittelschulabschluss zu ermöglichen. «Der Grundstein für ein erfolgreiches Berufsleben wird in der Volksschule gelegt.»